Vorwort

Das „deutsche Jahrzehnt“ ging erstaunlich schnell vorbei. Einige Medien hatten es ausgerufen, nachdem die deutsche Wirtschaft sich von der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise vergleichsweise rasch erholte und dabei Wachstumsraten in lange nicht mehr gekannter Höhe zeigte. Mittlerweile jedoch hat sich das Wachstum wieder auf einem niedrigeren Niveau eingependelt: 2012 lag es bei 0,7 und 2013 bei 0,5 Prozent. Die Enttäuschung darüber hält sich wohl nur deswegen in Grenzen, weil die Entwicklung in anderen europäischen Ländern – teils deutlich – düsterer verläuft.

Wachstumsraten sind weiterhin ein zentraler Indikator nicht nur für die Entwicklung von Volkswirtschaften, sondern darüber hinaus für den Erfolg von Politik und ganzen Gesellschaften. Daran änderte offenbar auch die Bundestagsenquete „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ nichts, die im Sommer 2013 ihren Abschlussbericht vorgelegt hat. Die Enquete hatte gerade die Fixierung auf das Bruttoinlandsprodukt kritisch in den Blick genommen und sich insbesondere mit der Frage beschäftigt, wie gesellschaftlicher Wohlstand gemessen werden sollte. Diese parteiübergreifende, systematische Auseinandersetzung war sicherlich ein Novum. Dennoch ist es der wieder aufgeflammten Wachstumskritik bislang nicht gelungen, ihren Weg in die praktische Politik zu finden. Zu weitreichend, zu unkalkulierbar erscheinen die Konsequenzen, als dass ein Abrücken vom Wachstumsziel von den meisten Parteien ernsthaft in Erwägung gezogen würde.

Ein Grund für diesen geringen Einfluss auf die Politik dürfte der normative Ansatz der Wachstumskritik sein: In aller Regel steht im Vordergrund, ob bzw. wie stark wir wachsen dürfen. Der bewusste Verzicht auf Wachstum, sei er ökologisch, sei er gesellschaftspolitisch begründet, erscheint damit als eine Option, die mit den zahlreichen wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Vorteilen, die ein höheres Wachstum verspricht, abgewogen werden muss. Daher bleibt die Abwägung – jedenfalls in Zeiten der Krise in Europa – meist rein akademischer Natur.

Der Ansatz des IWS ist ein anderer. In der grundlegend überarbeiteten, mittlerweile dritten, Edition unserer „Kernaussage“ legen wir anhand einer umfassenden Datenauswertung dar, weshalb wir höchstwahrscheinlich nicht so wachsen können, wie es politisch angestrebt wird: Da sich moderne Volkswirtschaften typischerweise linear entwickeln, müssen wir uns auch künftig auf fallende Wachstumsraten einstellen. Eine Abkehr von (hohen) Wachstumsraten ist also keine Frage des Wollens, sondern – um ein abgenutztes politisches Schlagwort sinnvoll zu reaktivieren – alternativlos.

Um künftiges Wachstum geht es auch in der aktuellen Diskussion um „Fachkräftemangel“. Nachdem lange Zeit die Arbeitslosigkeit eine zentrale Herausforderung der Politik darstellte, wird nun umgekehrt befürchtet, dass es künftig zu wenige qualifizierte Arbeitskräfte geben wird, um unser Wachstumspotential noch ausschöpfen zu können. Der Artikel „Die Diskussion um den Fachkräftemangel vor der Hintergrund des linearen Wirtschaftswachstums“ geht daher der Frage nach, inwieweit diese Gefahr tatsächlich besteht.

Schließlich werfen wir in unserer Länderprofil-Serie erneut einen vergleichenden Blick auf die ökonomische Entwicklung sowie die Wachstumsdiskussion in einem anderen Land. Dieses Mal handelt es sich um das Vereinigte Königreich und damit um einen wirklichen Ausnahmefall, da hier tatsächlich über einen langen Zeitraum nahezu konstante Wachstumsraten auftraten.

Die vorliegende Ausgabe bietet ausnahmsweise einen Rückblick auf zwei Jahre der Arbeit des IWS: Gleich mehrere der – allesamt ehrenamtlich tätigen – Mitglieder des Instituts mussten jeweils aufgrund eines beruflichen Wechsels vorübergehend kürzer treten. Das Jahr 2012 brachte für uns alle noch einen weiteren, sehr tiefen und traurigen Einschnitt. Winfried Seidel, Gründungsmitglied des IWS und für viele von uns langjähriger Freund, verstarb im September nach sehr kurzer, schwerer Krankheit. Er wird fehlen und trotzdem bleiben.

Gießen, Juni 2014